

Da jetzt jegliche nationalchinesische Betätigung verboten ist, ruht auch diese Arbeit. Damit haben die Beziehungen zwischen Portugal und Nationalchina ihren Tiefpunkt erreicht. Die ersten Kontroversen gab es 1963 nach der Verhaftung der sieben nationalchinesischen Agenten und im März 1965, als Formosa seine Vertretung in Macao im Rang eines Konsulats auf Drängen Pekings hin schließen mußte. Zwar unterhalten Portugal und Nationalchina diplomatische Beziehungen in Form von Geschäftsträgern, während sich mehrfache Gerüchte über Kontakte offizieller Art zwischen Lissabon und Peking bisher nie bestätigten, doch handelte Portugal in der letzten Zeit häufig Macaos wegen wenig im Sinne Nationalchinas. Bei den UNO-Abstimmungen über die Aufnahme Pekings enthielt sich Portugal 1965 und 1966 der Stimme, und nun verhinderte es jegliche weitere Anwesenheit nationalchinesischer Vertreter in Macao.

Katholische Präsenz

Die Befürchtungen, auch die katholische Kirche könne von den Zugeständnissen des Gouverneurs an die Kommunisten betroffen sein, haben sich zum Glück nicht bestätigt. Und doch verliert die Kirche eine große Aufgabe, die bisher eigentlich ihr gesamtes Bild in Macao geprägt hat: die Flüchtlingsbetreuung.

Die Tätigkeit all dieser Priester und Ordensleute ist durch die jüngsten Unruhen nicht ernstlich beeinträchtigt worden. Nur in den Tagen der höchsten Spannung wurde die Unterweisung der Taufbewerber unterbrochen. Aber schon am Heiligen Abend hatte sich die Lage beruhigt, und so konnten z. B. in der Pfarrkirche St. Laurentius 56 Personen aus den verschiedensten Gesellschaftsschichten getauft werden (Internationaler Fides-Dienst, 25. 1. 67).

Doch konnte es nicht ausbleiben, daß eine gewisse Presse die Unruhen in Macao auch zu verleumderischen Angriffen gegen die Arbeit der katholischen Kirche benutzte. So schrieb eine kommunistische Zeitung Hongkongs auf der ersten Seite: „Unter dem Vorwand der Wohltätigkeit, die sie in verbrecherischer Weise als Lockmittel verwenden, betrieben die Priester ihre Spionagetätigkeit“ und behauptet schließlich sogar, daß „nicht wenige Frauen von ihnen vergewaltigt worden seien.“

Gegen diese Hetze wandte sich ein Bewohner Macaos in einem Brief an die Hongkonger Zeitung „Sing Tao Jih Pao“, der am 1. Januar 1967 veröffentlicht wurde. Darin hieß es u. a.: „Wir Chinesen, die unter zahllosen Schwierigkeiten hier in Macao leben, haben in den letzten 17 Jahren bei den katholischen Priestern Hilfe gefunden, und ihnen verdanken wir es, daß wir unser Dasein fristen konnten. Die Landsleute, die aus dem chinesischen Festland flüchteten, brauchen Hilfe, um leben zu können. Von den katholischen Priestern erhalten sie unzählige Beweise der Nächstenliebe... Sie üben Wohltätigkeit, ohne für sich eine Belohnung zu suchen und ohne politische Hintergedanken; die einzige Bedingung ist, daß die, denen sie helfen, wirklich arm und hilfsbedürftig sind“ (Internationaler Fides-Dienst, 25. 1. 67).

Die Arbeit und das Leben in Macao gehen also — wenn auch verändert — vorläufig weiter. Sichere Prognosen für die Zukunft der portugiesischen Provinz auf chinesischem Boden lassen sich z. Z. nicht geben. Man kann nur hoffen, daß die aus Verbitterung über die seiner Meinung nach zu nachgiebige Haltung der Portugiesen entstandene Äußerung eines alten Missionars in Macao nicht in Erfüllung geht: „Früher oder später wird alles untergehen“

(La Actualidad Española“, 9. 2. 67) Bedenkt man die wechselvolle Geschichte Macaos, schöpft man leichter Hoffnung, daß auch das augenblickliche Tief wieder wie schon so oft von einem neuen Hoch abgelöst wird.

Von den 250 000 Einwohnern Macaos sind heute 36 600 katholisch (ca. 14%). Die verhältnismäßig große Zahl an Priestern und Ordensleuten, die in Macao wirken, läßt sich hauptsächlich durch die vielen sozialen Einrichtungen, wie Schulen, Krankenhäuser, Asyle u. ä., erklären, die von der Kirche unterhalten werden, und zwar zu einem großen Teil für die Flüchtlinge.

Ökumenische Nachrichten

Faith and Order, neue Entwicklung mit alten Problemen Nach dem satzungsgemäßen Intervall von drei Jahren trat die 120köpfige Kommission „Glaube und Kirchenverfassung“ (Faith and Order) des Weltrates der Kirchen vom 30. Juli bis 8. August 1967 in der englischen Hafenstadt Bristol zusammen, deren Bischof, Oliver Tomkins, langjähriger Vorsitzender ihres Arbeitskomitees ist. Das letzte Mal tagte sie 1964 in Aarhus (vgl. Herder-Korrespondenz 19. Jhg., S. 139). Ihre letzte selbständige Weltkonferenz hielt sie 1963 in Montreal, ihr letzter großer Entwurf war das auch von Kardinal Bea damals positiv bewertete Dokument über die Einheit der Kirche an jedem Ort, das die Erste Sektion der 3. Vollversammlung des Weltrates der Kirchen 1961 in Neu-Dehli „im großen und ganzen“ verabschiedet hatte. In seinem kühnen Anlauf barg es aber viele Probleme. Die Verschiedenheit im Verständnis des kirchlichen Amtes und der Sakramente war durch formale Aussagen übersprungen, seit der Gründung des Weltrates im Jahre 1948 die ständige Krux. Mit dem Beitritt der orthodoxen Kirchen aus dem kommunistischen Machtbereich im Jahre 1960 war diese Belastung noch gewachsen. Sie zeigte sich auch auf der mit großen Hoffnungen begangenen Weltkonferenz von Montreal (vgl. Herder-Korrespondenz 17. Jhg., S. 541 ff. und 583 ff.). Zwar wird diese Konferenz von katholischen Beobachtern hoch bewertet, weil sie die Erkenntnis förderte, daß die Heilige Schrift nicht ohne die Tradition zu verstehen sei. Aber im ganzen war sie nach dem Eingeständnis ihres damaligen Präsidenten Paul Minear ein Versager. Teils litt sie an ungenügenden Arbeitsmethoden, um Ergebnisse zu zeitigen, teils wurde sie durch das ungeschichtliche Denken der erstmals in imponierender Stärke erschienenen Orthodoxen blockiert.

Faith and Order erstrebte auf Verlangen der Russisch-orthodoxen Kirche, die bei ihrem Beitritt zum Weltrat die stärkere Förderung des dogmatischen Gesprächs zur Bedingung machte, und im Hinblick auf das sich entfaltende Zweite Vatikanische Konzil mit seinen den ökumenischen Beobachtern gebotenen Chancen, eine selbständige Abteilung zu werden wie die neue Abteilung für Evangelisation und Weltmission. Das wurde durch Montreal nicht erreicht. Das maßgebende Urteil des anschließend in Rochester versammelten Zentralausschusses lautete nicht günstig, die Mittel zum Ausbau wurden damals nicht bewilligt (vgl. Herder-Korrespondenz 18. Jhg., S. 14f.). Der Generalsekretär Visser 't Hooft nahm die Frage nach der Einheit selbst in die Hand durch sein berühmtes Gutachten über das Wesen und die ekklesiologische Qualität des Weltrates der Kirchen (vgl. Herder-Korrespondenz 18. Jhg., S. 72—75). Dies war

notwendig angesichts der bevorstehenden Vollendung der Kirchenkonstitution des Zweiten Vatikanums wie des Ökumenismusdekretes, die beide den Weltrat der Kirchen als solchen nicht erwähnten. Dennoch mußte Visser 't Hooft versuchen, die Orthodoxen fester an den Weltrat zu binden, zumal da sie in Montreal erreicht hatten, daß die ekklesiologische Qualität des Weltrates auf den Begriff „Instrument zur Zusammenarbeit“ reduziert wurde. Alle diese für Faith and Order ungelösten Probleme wurden mit den dogmatischen Konstitutionen des Zweiten Vatikanums und mit den wachsenden Kontakten Roms mit den Orthodoxen (vgl. ds. Heft, S. 402) und auch mit den Anglikanern, die in dem einzigartigen Empfang des Erzbischofs Ramsey von Canterbury in Rom einen ersten symbolischen Höhepunkt erreichten, differenzierter und vielschichtiger; und neben die Arbeit dieser Unterkommission im Weltrat trat immer mehr in den Vordergrund die „Konkurrenz“ von „Life and Work“ bzw. der Kommission „Kirche und Gesellschaft“ mit den Vorbereitungen zu ihrer großangelegten und von katholischen Experten aktiv mitgetragenen Weltkonferenz von 1966 in Genf, ferner die sich verzweigende Tätigkeit der „Gemeinsamen Arbeitsgruppe“ von Vatikansekretariat und Weltrat. Das sind erdrückende Realitäten! Sie haben sich bereits dahin ausgewirkt, daß das Generalthema der Vierten Vollversammlung des Weltrates der Kirchen 1968 in Uppsala: „Siehe, ich mache alles neu!“ (Offb. 21, 5) mehr im Zeichen des Dialogs mit der wissenschaftlich-technischen Zivilisation als der Einheit der Kirche steht (vgl. die Diskussion des Zentralausschusses in Genf 1966 nach Herder-Korrespondenz 20. Jhg., S. 142 ff. und 194 ff.; zur Orientierung über das Programm für Uppsala vgl. Victor Hayward, „Die Vierte Vollversammlung des Ökumenischen Rates“, in: „Ökumenische Rundschau“, Juli 1967, S. 253—264). Sowohl durch die Weltkonferenz von „Kirche und Gesellschaft“ wie durch das Zweite Vatikanum, vor allem die Pastoralkonstitution *Gaudium et spes* und die Sozialenzyklika Pauls VI., wurden andere Prioritäten gesetzt. Vorrang hat zur Zeit offenbar das gemeinsame und sozialpolitisch wirksame Glaubenszeugnis der Kirchen vor den Fragen ihrer strukturellen Einheit (vgl. Herder-Korrespondenz 20. Jhg., S. 481 ff.).

Andere Prioritäten

Sieht man auf diesem Hintergrund das Protokoll der letzten Arbeitskonferenz von Faith and Order vom Herbst 1966 in Zagorsk durch (Paper Nr. 48), so steht zwar im Mittelpunkt der Studienplanung das für die bevorstehende Tagung des Zentralausschusses in Heraklion (Kreta 15.—26. 8. 67) vorzubereitende verbesserte Dokument über die Einheit der Kirche, das eine Antwort auf die Konstitution *Lumen gentium* sein soll; aber man erkennt auch, welche anderen theologischen Probleme darauf einwirken: die Bedeutung des Heiligen Geistes, die über dem Suchen nach der einen Institution zu kurz kommt, das Verhältnis von Schöpfung, Neuer Schöpfung und Einheit der Kirche, besonders im Hinblick auf die Umschaffung der Welt durch eine revolutionäre Technologie, die Eucharistie als Sakrament der Einheit, die wiederum durch die Verknüpfung mit Amt und Weihe bestimmt wird, und schließlich das von der „Gemeinsamen Arbeitsgruppe“ im Hinblick auf die Orthodoxen wie Anglikaner vorgeschlagene Thema „Katholizität und Apostolizität“, verdichtet durch den Wunsch der Ortho-

doxen, die Bedeutung der ersten vier Ökumenischen Konzile für die Ökumenische Bewegung behandelt zu sehen, ein Thema, das im Zentrum der Reise Papst Pauls VI. nach Istanbul und Ephesus stand, auch in seinen Pilgeransprachen seitdem.

Die Thematik für Uppsala 1968

Dies etwa ist die Thematik, die von der Faith and Order-Kommission in zehn Tagen bewältigt werden sollte, wie Bischof Tomkins mit verhaltenem Optimismus in „Church Times“ (28. 7. 67) darlegte. Er gab allerdings zu verstehen, die Arbeit werde sich weitgehend im verborgenen vollziehen. Die Tagung stand noch unter Leitung von Paul S. Minear (United Church of Christ) aus New Haven (Conn.). Zu seinem Nachfolger ist inzwischen der frühere Leiter der Studienabteilung und künftige Bischof von Oldenburg, Hauptpastor Hans Heinrich Harms, Hamburg, gewählt worden. Zur Eröffnung wurde in einem Gottesdienst von Bischof Tomkins das Problem der Einheit in eine für die Orthodoxen etwas provozierende Perspektive gestellt: er bekannte sich erneut zum Programm der Britischen Faith and Order-Konferenz von 1964 in Nottingham, nämlich zur Union aller nicht-römisch-katholischen Kirchen bis Ostern 1980 in England, mit der Begründung, daß sichtbare Einheit untrennbar zum Wesen der Kirche Christi gehöre („Church Times“, 4. 8. 67). Das war auch eine Antwort auf die kritischen Äußerungen des ehemaligen Erzbischofs von Canterbury, Lord Fisher of Lambeth, gegen den anglikanisch-methodistischen Unionsplan (vgl. ds. Heft, S. 419). Allerdings gab Tomkins angesichts des sehr umfangreichen Dokuments über die Einheit zu, man sei noch weit entfernt von ihr.

Pfarrer Lukas Vischer, Studiendirektor von Faith and Order in Genf, gab einen Überblick über neue Entwicklungen zwischen der Konferenz von Aarhus 1964 und den Auswirkungen des Zweiten Vatikanums. Das Gespräch mit der römisch-katholischen Kirche sei intensiver geworden, aber auch das mit den konfessionellen Weltbünden. Alle früher schon behandelten Probleme: Taufe, Abendmahl, Amt und Bekenntnis, müßten den tiefgreifenden Wandel der letzten Zeit in Kirche und Theologie bei der Auseinandersetzung mit der modernen Welt mehr berücksichtigen. Die Methode des Vergleichens der Glaubensunterschiede und die „christologische Methode“ machten immer mehr der Erkenntnis Platz, daß die Verschiedenheiten des Kirchen- und Sakramentsbegriffes schon im Neuen Testament selbst angelegt sind. Ihr Verhältnis zu den Verschiedenheiten der heutigen Kirchen sei nicht ausreichend untersucht. Zu diesem Thema lag ein ausgezeichnetes Votum über „Die Bedeutung des hermeneutischen Problems für die Ökumenische Bewegung“ vor. Es zieht etwa mit der in *Dei verbum* (Kapitel III) eingearbeiteten neuen Instruktion der Päpstlichen Bibelkommission von 1964 gleich, geht aber noch um einiges darüber hinaus. Allerdings scheint dieses Dokument, auf das wir zurückkommen müssen, nicht angenommen worden zu sein. Es würde die gesamte Arbeit von Faith and Order auf die moderne Exegese stellen. Sodann schlug Pfarrer Vischer vor, eine Studienarbeit über „Gott in Natur und Geschichte“ weiterzuführen, für die ebenfalls bereits ein umfangreiches Votum vorlag, von dem man wohl sagen darf, daß es fast ein Gegenstück zu *Gaudium et spes* sein soll, ohne dessen anthropologische Mängel zu übernehmen.

Prof. Edmund Schlink, der bisherige Vizepräsident, bezeichnete ergänzend als die kommende Aufgabe der Kommission, die Unterschiede aufzuzeigen, die mit der Einheit der Kirche vereinbar sind. Dazu sollte man die historisch-kritische Theologie zu Rate ziehen. Dadurch würde die historische Notwendigkeit vieler unterschiedlicher Formen der Verkündigung, des Gottesdienstes und der Lehre sichtbar werden.

Neue Statuten

Kennzeichnend für die veränderte Entwicklung ist u. a. der Entschluß, nicht nur die bisherige Arbeitsmethode, sondern auch die Statuten zu ändern und die Arbeitsbereiche zu erweitern. Der Kommission soll es künftig möglich sein, sich ebenso wie „Kirche und Gesellschaft“ stärker mit den Beziehungen zwischen Kirche und Welt, dem Verhältnis der Theologie zu anderen Wissenschaften sowie mit dem Handeln Gottes in der Geschichte zu befassen. Damit ist die Forderung erfüllt, die ein Mitglied und zugleich scharfer Kritiker der bisherigen Arbeitsweise von Faith and Order, der New Yorker anglikanische Anwalt William Stringfellow, in Montreal geäußert hatte (vgl. Herder-Korrespondenz 17. Jhg., S. 584); wie überhaupt die amerikanischen Vorarbeiten für Montreal längst auf der Linie lagen, daß die Kirche sich aus ihrem Verhältnis zur Welt verstehen müsse (ebd. S. 541). Außer einer Umarbeitung der Vorlage über die Einheit der Kirche wurde ein Dokument über „Die Heilige Eucharistie“ angenommen. Es versucht auf neuen Wegen, etwa in Anlehnung an die Memorial-Theologie von Max Thurian, Taizé, das Problem der Gegenwart Christi zu fassen, geht aber der Frage des Amtes wieder aus dem Wege. Es paßte nicht ganz zu den in diesem Text erhobenen Vorwürfen an die Kirchen, die getauften Christen die Teilnahme an der Eucharistie verweigern, daß der gemeinsame Gottesdienst am Sonntag, dem 6. August, zwar von einer mystagogischen Predigt eines orthodoxen Erzbischofs — in einer baptistischen Kirche — eröffnet wurde, daß dann aber die nicht-orthodoxen Teilnehmer von der Eucharistie ausgeschlossen wurden („Le Monde“, 15. 8. 67).

Bemerkenswert ist schließlich die Empfehlung an den Zentralausschuß, die Mitgliederzahl der Kommission von 120 auf 150 zu erhöhen, damit auch solche Kirchen vertreten sind, die nicht zum Weltrat der Kirchen gehören. Der orthodoxe Theologe Jean Meyendorff, New York, sprach sich sogar dafür aus, daß künftig 20 römisch-katholische Vertreter die volle Mitgliedschaft erhalten, nachdem diesmal nur fünf Beobachter anwesend waren, damit „das weite Spektrum römisch-katholischen Denkens“ in die Arbeit von Faith and Order eingehen kann.

Anglikanische Kirche um ihre Identität besorgt

Je näher das „Konzil“ der Anglikanischen Kirchengemeinschaft von 1968 rückt, desto lauter wird die Sorge, die einzelnen anglikanischen Kirchen könnten durch Unionen mit protestantischen Gemeinschaften ihre bischöflich geordnete kirchliche Identität verlieren, sei es durch die „Consultation on Church Union“ (COCU) in den USA, das Lieblingskind von Eugene C. Blake, sei es durch die Union mit den Methodisten in England, deren neuer Plan vom Frühjahr 1967 mit seinen gewollten Zweideutigkeiten auf wachsenden Widerstand trifft (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 274 f. und S. 362 f.).

Nach ersten Warnungen einzelner Bischöfe in England und den USA und gewissen publizistischen Anzeichen, daß die Entscheidung Papst Leos XIII. gegen die Anerkennung der anglikanischen Weihen positiv überprüft werden könnte (vgl. die Studie von John J. Hughes in: „Journal of Ecumenical Studies“ nach Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 392, samt dem Editorial von Elwyn A. Smith in derselben Nummer, S. 290 f.), ist jetzt ein, wie es scheint, gezielter Frontalangriff gegen die Union der Kirche von England mit den Methodisten erfolgt. Er wird geführt vom ehemaligen Erzbischof von Canterbury, Lord Fisher of Lambeth, der im Dezember 1961 Aufsehen erregte durch seinen kühnen Besuch bei Papst Johannes XXIII. im Vatikan. Er hat nun Ende Juli 1967 eine Streitschrift veröffentlicht, „Covenant and Reconciliation“. Darin wird der Interim-Report der anglikanisch-methodistischen Kommission mit scharfen Argumenten verworfen. „Church Times“ (21. und 28. 7. 67) gab dem Schriftstück große Publizität und unterstrich seine klärende Tendenz durch einen Leitartikel „Das Torpedo von Trent“ sowie zahlreiche Leserzuschriften, durch die ein Aufatmen über den Vorstoß des Exprimas geht.

Die Argumente von Lord Fisher

Der erwähnte Interim-Report war im Frühjahr veröffentlicht worden, um eine Diskussion zu entfachen, deren Ergebnisse in der Ostern 1968 vorzulegenden Endfassung des Unionsplans berücksichtigt werden sollen. Geoffrey Fisher war als Erzbischof von Canterbury ein durchaus liberaler Wegbereiter der Verständigung und Versöhnung mit den der Kirche von England entstammenden Freikirchen. Er hat eigentlich den Grund gelegt zu den Bestrebungen, die sich heute in dem Unionsplan „Towards Unity“ verdichtet haben. Seine Opposition, unterstützt von Klerus- und Laienvertretern der konservativen anglo-katholischen „Church Union“ aus 39 Diözesen, ist an sich keine „hochkirchliche Reaktion“ oder gar ein Wettlauf um die Gunst Roms. Das zeigen seine gewichtigen Argumente.

Der Report, so erklärt er, wisse nicht, wovon er redet. Denn der geplante Versöhnungsgottesdienst, in dem sich die methodistischen Geistlichen durch Handauflegung eines anglikanischen Bischofs dem „historischen Episkopat“ eingliedern lassen — ohne reordiniert zu werden, und in dem die Anglikaner ebenfalls durch Handauflegung eines methodistischen „Bischofs“ die Gnadengaben der Methodisten empfangen sollen, „beruht auf falschen Annahmen und einigen Grundirrtümern“, so daß er die erstrebte Versöhnung gerade nicht erreicht. Das Ziel, eine „organische Union“ oder „die Amalgamierung“ der Kirche von England in einer Einheitskirche zu versuchen, sei als ökumenisches Vorhaben in sich verfehlt, weil „alle getauften Christen bereits ein Maß wirklicher Einheit besitzen“, nämlich die „Gemeinschaft der Getauften“. Der nächste Schritt, der erstrebt werden müsse, sei nicht eine Einheitskirche, sondern Interkommunion, also die eucharistische Gemeinschaft. Daraus werde sich eine „Koordination“ der Kirchen ergeben. Er denkt also an eine Kirchenföderation auf der Grundlage der „Branch-Theory“.

Die gegenwärtigen Vorschläge des Interim-Reports seien unannehmbar. Keine „monolithische Kirche“! Durch den Versöhnungsgottesdienst sei eine volle Kommunion nicht zu erreichen: „Die Kirche von England kann nicht mit

irgendeiner anderen Kirche in volle Kommunion eintreten, die nicht eine bischöfliche Verfassung hat.“ Wenn jener geplante Versöhnungsgottesdienst vorüber sei, würden die Methodisten weiter eine nicht-episkopale Kirche bleiben und darum mit der Kirche von England nicht voll versöhnt sein. Zunächst sollten die Methodisten unter sich das episkopale System einführen, später könne man dann zum Versöhnungsgottesdienst schreiten. Kurzum, Lord Fisher verwirft die Ausflucht in die vom Interim-Report zugegebenen, aber beschönigten Zweideutigkeiten. Zu sagen, Gott werde das eines Tages schon richtig machen, sei eine fromme Ausrede, und zwar eine peinvolle. Selbst ein von den Methodisten eingeholtes Gutachten von Kirchenjuristen habe festgestellt: „Wo immer ein Bischof der Kirche von England methodistischen Geistlichen die Hände auflegt mit der im Ordinal des Versöhnungsgottesdienstes vorgesehenen Formel, so würde der Bischof sie zu Priestern ordinieren, und nach dem englischen Recht würden sie von da an als Priester angesehen werden.“ Soweit die Argumente Lord Fishers. Der Leitartikel der „Church Times“ dazu erklärt, Lord Fisher habe genau den Nagel auf den Kopf getroffen. Wenn er allerdings behauptet, er wisse einen besseren Weg, dann sollte er ihn auch näher darlegen, sonst könnte sich sein Torpedo unheilvoll auswirken. Tatsächlich hat die erwähnte Konferenz der „Church Union“ unmittelbar nach der Veröffentlichung der Streitschrift von Lord Fisher eine Resolution gefaßt: „Kein Priester der Kirche von England soll an dem vorgesehenen anglikanisch-methodistischen Versöhnungsgottesdienst teilnehmen, ohne eine positive Erklärung über die Rolle des Amtspriestertums, wie es traditionsgemäß in der katholischen Christenheit verstanden wird.“ Denn daran hänge der „katholische“ Charakter der Kirche von England. Für Kardinal Heenan von Westminster ist nun eine schwierige Lage entstanden. Auf der einen Seite finden die seit dem Besuch des Erzbischofs Ramsey von Canterbury bei Papst Paul VI. vereinbarten Glaubensgespräche auf englischer wie auf ökumenischer Ebene mit römisch-katholischen Theologen statt, auf der anderen Seite hat der Kardinal unlängst die Methodisten zu getrennten Gesprächen eingeladen. Er wird ebenso wie das vaticanische Sekretariat für die Einheit der Christen vermeiden müssen, in den Verdacht zu geraten, daß die alte römische Taktik des „Teile und herrsche“ angewendet wird. Die kritische Lage der anglikanischen Kirchen inmitten der Unionsbestrebungen erfordert ein Höchstmaß an ökumenischem Takt.

Russischer Bericht zur Konferenz über Kirche und Gesellschaft

Unter der Überschrift „Ein wichtiger Markstein des Ökumenismus“ und mit auffällender Hervorhebung an erster Stelle — nicht unter der einschlägigen

Rubrik „Fragen der christlichen Einheit“ — wurde in einem der letzten Hefte des Journals des Moskauer Patriarchats (Nr. 2, 1967, S. 1—7) ein Bericht des Metropoliten Nikodim, Leiter des Außenamts des Moskauer Patriarchats, über die Genfer Weltkonferenz „Kirche und Gesellschaft“ veröffentlicht. Als großes Ereignis in der Geschichte der Ökumenischen Bewegung habe diese Konferenz dem christlichen Handeln in der Welt neue Wege gewiesen, heißt es darin. Im Unterschied zur Konferenz von Oxford (1937) habe man als Antithese zu den Ansichten der westlichen Christen auch den Standpunkt von

Christen aus sozialistischen Ländern vernehmen können, der auch von vielen Delegierten der Entwicklungsländer geteilt worden sei (vgl. Herder-Korr. 20. Jhg., S. 432 ff.).

Ost und West . . .

Zur geistigen Situation der Zeit, der sich die Konferenz gegenübergestellt sah, gehören nach Metropolit Nikodim das Problem des Verhältnisses zwischen dem wissenschaftlich-technischen Fortschritt und dem kulturell-sittlichen Zustand der Gesellschaft, die Krisis des Individualismus, die fortschreitende Säkularisierung und die Konfrontation des Christentums mit dem Atheismus und mit religiöser Gleichgültigkeit; aber an den Beginn seiner Analyse setzt er die Feststellung, daß die revolutionären Ereignisse zu Anfang unseres Jahrhunderts der Welt die Probleme tiefgreifender sozialer Umwälzungen und einer damit verbundenen politischen Umgestaltung des Lebens und der zwischenstaatlichen Beziehungen aufgaben. Die Welt mache einen Gärungsprozeß durch, dessen Ferment die von Christus in die Welt getragene Idee der Vervollkommnung sei. „Daher das Bestreben der westlichen Christen, sich in der neuen Welt zurechtzufinden und etwas Eigenes der sich auf sie zubewegenden Welt der neuen Ideen und neuen Beziehungen zu sagen.“ Die sich aus dieser Situation ergebenden Widersprüchlichkeiten wolle der Westen unter Bewahrung der alten sozialen Verhältnisse und der alten Lebensformen lösen. Somit habe es die Weltkonferenz Kirche und Gesellschaft mit zwei Haltungen zu tun gehabt: einerseits mit den Auffassungen des in der Vergangenheit lebenden Menschen, der durch die Umstände gezwungen ist, „etwas Neues zu unternehmen“; andererseits mit den Auffassungen „des Menschen einer neuen Welt“. Diese Welt neuer sozialer Beziehungen, erläutert Metropolit Nikodim, sei keinesfalls eine Welt religiöser Verneinung und der Zerstörung; vielmehr eine schöpferische Welt, in der auch der Christ mit dem ganzen Reichtum seines Glaubens und seiner religiösen Erfahrung durchaus seinen Platz finden könne. Vorschläge zur Wandlung auch dieser „neuen Welt“ der sozialistischen Weltgemeinschaft können natürlich nicht von den Christen, am wenigsten von der Russischen Kirche, ausgehen. Das aus der sozialen und politischen Verantwortung der Christen abgeleitete Recht zur Revolution, wie es etwa Prof. Heinz-Dietrich Wendland im Hinblick darauf billigte, daß keine menschliche Institution unwandelbar und unantastbar sei, mußte daher für die russischen Delegierten eine reine Angelegenheit der Westchristen bleiben. Diese Haltung versteht Metropolit Nikodim zu rechtfertigen, indem er auf einen fundamentalen Unterschied zwischen dem westlichen Christentum und der östlichen Orthodoxie hinweist. Die Orthodoxie befaße sich nämlich gar nicht mit dem Entwurf von Systemen, die soziale Reformen bezwecken — nicht aus Gleichgültigkeit zum christlichen Tun in dieser Welt, sondern weil sie dieses Tun anders als der Protestantismus und Katholizismus auffasse. „Wenn es für die innerhalb einer Gesellschaft alter sozialer Formen lebenden Protestanten und Katholiken auf eine Änderung der Sozialstrukturen ankommt, bei der ein Maximum traditioneller Bindungen ihrer Tätigkeit gewahrt bleibt, so ist es das Anliegen der Orthodoxie, die in ihrer Mehrheit heute in einer gewandelten und neuen Gesellschaft existiert, nicht weiterhin irgendwelche neuen Strukturen zu entwerfen, sondern bei der Erschließung der von Gott jedem Menschen geschenkten Talente behilflich zu sein.“

Schwerpunkte des Berichts

Man sieht, daß die auf die westliche Welt abgestellte „revolutionäre“ Haltung der russischen Vertreter in Genf im Verhältnis zu den für ihre Heimatkirche maßgebenden Bedingungen durch ein großes Maß an Beharrung kompensiert wird. So geht der Bericht mit keinem Wort auf die Arbeiten der Sektion 2 ein, in denen die Grenzen der Staatsmacht und die Forderung bürgerlichen Ungehorsams zur Verteidigung der Menschenrechte untersucht wurden. Mit Befriedigung werden dagegen die in vieler Hinsicht den Thesen der Internationalen Christlichen Friedenskonferenz und der sowjetischen Außenpolitik entsprechenden Punkte im Bericht der Sektion 3 über die Formen internationaler Zusammenarbeit verzeichnet. Die positiven Ergebnisse der Konferenz waren in der Sicht des Metropoliten Nikodim folgende:

1. Die Bedeutung des modernen technischen Fortschritts und seiner dem Menschen dienenden Ziele wurde gut aufgewiesen. Der optimistische Standpunkt herrschte vor. Gleichzeitig wurde auch die falsche Anwendung technischer Errungenschaften und die von Rüstung und Atomkrieg drohende Gefahr hervorgehoben.
2. Der Mensch ist das wichtigste Ziel der Welt. Leben und Tätigkeit des Menschen müssen in gesellschaftlichen Bindungen und Beziehungen verlaufen.
3. Die sozialen Revolutionen sind Sache der göttlichen Vorsehung. Die Welt wandelt sich auf revolutionärem Wege. Die Christen sind gerufen, an den Revolutionen mitzuwirken und sie theologisch zu verstehen.
4. Die Beziehungen zwischen den Völkern und Staaten müssen auf gerechter Grundlage unter Berücksichtigung der jeweiligen natürlichen Interessen errichtet werden. Wirtschaftliche und politische Bündnisse sind zulässig, doch auch ein gesunder Nationalismus ist zur Gewährleistung der Souveränität notwendig. Die Bildung von Blöcken ist ein Übel, ebenso die Unterdrückung der Souveränität eines Staates durch einen anderen.
5. Verurteilt werden der Krieg in Vietnam, die Kolonialpolitik in anderen Teilen der Welt und das Urteil des Internationalen Gerichtshofes im Haag über Südafrika.
6. Internationale Verträge und die Schaffung internationaler Rechtsnormen werden gebilligt. Die Vereinten Nationen werden als autoritäre Organisation anerkannt.
7. Die Konferenz spricht sich für die Deklaration der Menschenrechte und für ihre baldigste Einführung als internationale Rechtsnorm aus.
8. In den Diskussionen wurde die Rolle der Sowjetunion als Welt- und Friedensmacht hoch veranschlagt. Der Wettbewerb zwischen Sowjetunion und den USA in den Meinungen der Konferenzmitglieder wurde klar zugunsten der Sowjetunion entschieden.

Die Rolle der russischen Delegierten

Der Bericht des Metropoliten Nikodim vermerkt ferner die aktive Rolle der russischen Delegierten auf der Konferenz, auf deren Initiative und Vorschlag hin zahlreiche Änderungen in den Konferenzdokumenten vorgenommen worden seien. „Immer meldeten sich die Delegierten des Moskauer Patriarchats zu Wort, wenn es nötig war, den Standpunkt der Bürger der Sowjetunion darzulegen oder zu präzisieren . . . oder um falsche Meinungen über die sozialistischen Länder zu widerlegen. In den Sektionen und Untersektionen mußte oft ein prinzipieller Dialog mit den Christen der westlichen Länder begonnen werden, insbesondere um das Problem des ‚Gleichgewichts

der Kräfte‘, des ‚Patronats‘ über die Entwicklungsländer (dagegen wurde das Prinzip friedlicher Koexistenz und Zusammenarbeit gesetzt). Aktiv wurde auch die Forderung nach Unantastbarkeit der nationalen Souveränität der großen und kleinen Völker unterstützt. Die Redner, die sich gegen eine Teilnahme der Kirche am öffentlichen Leben aussprachen, die nicht die Verteidigung des Friedens, sondern eine direkte Einmischung in die Politik bedeutet, wurden unterstützt. Die Delegierten der russischen orthodoxen Kirche wirkten aktiv an der Bildung einer allgemeinen Konferenzmeinung über das Vietnam-Problem mit, in Übereinstimmung mit dem Standpunkt der progressiven Kreise der Weltöffentlichkeit. In der Diskussion über die Frage des Dialogs zwischen Christen und Nichtchristen wurde die Notwendigkeit einer Zusammenarbeit für Frieden, Gerechtigkeit und Entwicklung betont . . . Bei der Erörterung der Probleme des technischen und sozialen Fortschritts sprachen sich die Delegierten des Moskauer Patriarchats stets in optimistischem Sinne aus, wobei sie sich auf ihre christlichen Anschauungen und ihre Erfahrungen in der Entwicklung der sozialistischen Länder stützten. Sie kritisierten den ‚Gemeinsamen Markt‘ und andere einseitige Zusammenschlüsse, die gegen die Interessen anderer Völker gerichtet sind, und bestanden darauf, daß die von den Kolonialmächten den Entwicklungsvölkern zugefügten Verluste ersetzt werden. Viele Reden von unserer Seite wandten sich gegen rassistische und nationale Diskriminierungen, verteidigten die Rechte der unterjochten Völker Afrikas und verurteilten das Regime Smith's und Verwoerds.“

Der Geist der Zeit . . .

Für Metropolit Nikodim war das grundlegende Ereignis der Konferenz der Dialog der Ideen zwischen West und Ost. Nicht kirchliche Doktrinen, sondern sozialpolitische Divergenzen hätten sich gegenübergestellt. Eine wichtige Rolle schreibt er den Delegierten der Dritten Welt zu und jenen „progressiv eingestellten westlichen Christen“, die objektiv und realistisch die Probleme anzugehen verstanden hätten. In den Reden dieser Delegierten (die deutschen Vertreter Niemöller, Gollwitzer und Wendland werden ihnen zugerechnet) habe sich der Geist der Zeit mit unerwarteter und ungewöhnlicher Stärke zu erkennen gegeben. „Objektiv findet dies seine Erklärung darin“, erläutert Metropolit Nikodim, „daß die sich vor den Augen der ganzen Menschheit weiterhin vervollkommnende sozialistische Lebensform gleichsam ein Magnet nicht nur für die unterentwickelten Länder, sondern auch für viele Menschen in den kapitalistischen Ländern ist.“ Die Worte eines indischen Delegierten im Anschluß an das Referat eines Bischofs des Moskauer Patriarchats lassen in diesem Zusammenhang nichts an Deutlichkeit vermissen: „Wir können nicht umhin, der Stimme eines Vertreters aus einem sozialistischen Lande mit großer Aufmerksamkeit zuzuhören. Wir leben und kämpfen in der kapitalistischen Welt; jetzt aber hören wir, daß in der sozialistischen Gesellschaft das verwirklicht ist, was wir anstreben.“

So sehen die Russen den Verlauf und das Ergebnis der Weltkonferenz Kirche und Gesellschaft in ihren amtlichen Berichten. Man fragt sich daher, ob der an den Patriarchen und den Heiligen Synod gerichtete Bericht des Metropoliten Nikodim im Grunde an eine andere Adresse gerichtet ist. Handelt es sich um eine Rechtfertigung des ökumenischen Engagements der Russischen Kirche gegen-

über staatlichen Stellen? In diesem Zusammenhang verdient ein vielleicht gezielter Irrtum Aufmerksamkeit, der der Redaktion einer neuen atheistischen Publikation unterlaufen ist. Die kürzlich ausgelieferte erste Nummer der vom Staatsverlag für politische Literatur herausgegebenen „Atheistischen Lektüre“ beginnt mit der Beantwortung von Leserfragen. Die erste Frage gilt dem Weltrat der Kirchen. In der Antwort heißt es, seine Bildung sei vor allem durch das Bestreben der Religionsdiener hervorgerufen, „ihre Kräfte zum Kampf gegen den zunehmenden Atheismus und das Freidenkertum zu vereinigen“.

Die orthodoxen Kirchen hätten ihre Teilnahme versagt mit der Begründung, daß seine Tätigkeit den Rahmen religiöser Fragen übersteige und politischen Charakter annehme. Somit vereinige der Weltrat der Kirchen im wesentlichen nur protestantische Organisationen. Dies war bekanntlich die von der Russischen Kirche im Jahr 1948 gegenüber der Weltkonferenz von Amsterdam eingenommene Haltung. Warum ignoriert die Redaktion der „Atheistischen Lektüre“ die Tatsache, daß heute die Mehrheit der orthodoxen Kirchen, auch die russische, Mitglieder im Weltrat sind?

Nachkonziliare Dokumentation

Dokumente der Päpstlichen Kommission für Geburtenregelung

Wie seinerzeit berichtet (vgl. Herder-Korrespondenz 20. Jhg., S. 553), hatte die im Sommer 1964 von Papst Paul VI. als Expertenkommission konstituierte und im März 1966 zur Kardinalskommission erweiterte Päpstliche Kommission für Familien-, Bevölkerungsfragen und Geburtenregelung ihre Beratungen bereits auf ihrer Junisitzung 1966 beendet. Die Kommission sah sich jedoch damals nicht in der Lage, einen gemeinsamen Bericht zu erstellen, da die Gegensätze zwischen Mehrheit und Minderheit nicht überbrückt werden konnten. Deswegen wurden dem Papst zwei getrennte Gutachten, eines von Kardinal Döpfner als das Gutachten der Mehrheit und ein zweites vom Kommissionsvorsitzenden Kardinal Ottaviani als Standpunkt der Minderheit übergeben. Hinzu kam ein drittes, moraltheologisches Fachgutachten, das von moraltheologischen Experten der Mehrheit erstellt worden war. Seine Autoren setzen sich mit den Argumenten der Minderheit auseinander und versuchen zugleich, den Standpunkt der Mehrheit auf die Fragestellung der Minderheit hin zusammenzufassen. Eine päpstliche Verlautbarung erfolgte nicht. In seiner Ansprache vor dem italienischen Nationalkongreß für Gynäkologie und Geburtshilfe vom 29. Oktober 1966 berührte der Papst den Problemkomplex und nannte die Gründe, die eine päpstliche Stellungnahme noch nicht ermöglichten. Man werde, so erklärte der Papst damals, das Gespräch über dieses so wichtige Thema vielleicht wiederaufnehmen und durch neue Studien erweitern müssen. Am 19. April 1967 veröffentlichte dann die bekannte katholische amerikanische Wochenzeitung „National Catholic Reporter“ den Wortlaut der drei Kommissionsgutachten. Wenige Wochen später wurden dieselben Texte auch von der englischen Wochenschrift „The Tablet“ publiziert. Inzwischen haben die Éditions du Seuil auch eine französische Übersetzung der drei Dokumente in Buchform herausgegeben. Die hier folgende Übersetzung, die ursprünglich an Hand des englischen Textes erstellt worden war, wurde auf ihre Übereinstimmung mit dem lateinischen Original überprüft. Eine deutschsprachige Buchausgabe ist vom Rex-Verlag, Luzern, angekündigt.

Das Gutachten der Mehrheit

Das Hauptgutachten der Kommissionsmehrheit trägt den Titel „Schema Documenti de responsabili paternitate“. Es bemüht sich um eine Lösung des moraltheologischen

Problems auf dem Hintergrund eines Verständnisses von Geschlechtlichkeit, wie es durch die neueren psychologischen und anthropologischen Erkenntnisse Gemeingut geworden ist. Dementsprechend verliert die Methodenfrage ihre Vorrangigkeit. Die Wahl der Mittel bleibt zwar an objektive Kriterien gebunden. Unter diesen Kriterien soll aber die Forderung an erster Stelle stehen, daß die Handlung der „Natur der Person und ihrer Akte“ so entsprechen muß, „daß der ganze Sinn des gegenseitigen Schenkens und der menschlichen Fortpflanzung in den Kontext wahrer Liebe verflochten bleibt. Zu den Autoren des Gutachtens gehören: Prof. J. Fuchs SJ, Gregoriana/Rom; R. Sigmond OP, Angelicum/Rom; Prof. P. Anciaux, Mecheln/Brüssel; Prof. A. Auer, Tübingen; Prof. M. Labourdette OP, Toulouse.

Einleitung

Die Pastoralkonstitution über die Kirche in der Welt von heute, *Gaudium et spes*, hat die Frage der verantworteten Elternschaft nicht unter allen ihren Aspekten dargelegt; auf die bis jetzt noch ungelösten Probleme soll im folgenden eine Antwort gegeben werden. Diese Antwort kann allerdings nur verstanden werden, wenn sie in einer ganzheitlichen Weise im Rahmen des umfassenden Begriffes der Heilsgeschichte aufgefaßt wird.

Als Gott die Welt erschuf, gab er dem Menschen die Macht und den Auftrag, die Welt in Geist und Freiheit zu gestalten und seine eigene personale Natur kraft seiner schöpferischen Fähigkeit zu verwirklichen. In seinem Wort ist Gott selbst als die erste Ursache der gesamten Entwicklung der Welt und des Menschen in der Geschichte gegenwärtig und wirksam. Darum sollte die Geschichte Gottes mit dem Menschen als ein partnerschaftliches Wirken betrachtet werden. Und es sollte gesehen werden, daß der gewaltige Fortschritt des Menschen in der Beherrschung der Dinge mit technischen Mitteln und die universelle und totale Interkommunikation, die errungen wurde, völlig den göttlichen Anordnungen entsprechen (vgl. Pastoralkonstitution über die Kirche in der Welt von heute, I. Teil, 3. Kapitel).

In der Fülle der Zeit trat das Wort des ewigen Vaters in die Geschichte und nahm seinen Platz darin ein, auf daß die Menschheit und die Welt durch sein Tun an der Erlösung teilhaben sollte. Seit seiner Auffahrt zum Vater setzt der Herr durch die Kirche die Vollendung seines